



Unser Landvolk

► Rundschreiben ◀

Ausgabe 3/2022



Bei der Demo in Goslar protestierten 1000 Landwirte aus ganz Niedersachsen gegen die Pflanzenschutz-Pläne der EU-Kommission.

EU-Pläne gefährden Versorgungssicherheit

„Hunger für die Welt: Die Ernteerträge werden sich halbieren, wenn sich die EU-Kommission mit ihren Plänen zum Pflanzenschutz durchsetzt“ – diese Botschaft leuchtete Ende November von sämtlichen Plakatflächen in Goslar, als sich dort die Umweltminister aller 16 Bundesländer zu ihrer halbjährlichen Konferenz trafen. Das Landvolk im Braunschweiger Land hatte gemeinsam mit dem Landesverband auch eine Mahnwache, abendliche Trecker-Lichterfahrten und am letzten Tag der Konferenz schließlich eine große Demo organisiert, zu der sich auch Berufskollegen aus Friesland und der Wesermarsch aufgemacht hatten.

„Die neuen Verordnungen, die aus der EU zur Agrar- und Umweltpolitik kommen, drehen die gesamte Landwirtschaft von rechts auf links“, kritisierte Landvolk-Präsident Dr. Holger

Hennies. „Das angedachte Maßnahmen-Paket schadet viel mehr als es nützt – und zwar auf allen Ebenen. Wir lehnen die Annahme dieses Paketes deshalb ab und fordern von der Politik eine klare Positionierung dazu, damit wir unseren Bäuerinnen und Bauern sagen können, wie die Zukunft der Landwirtschaft in Deutschland aussehen wird. Wir müssen wissen, was die Bundesregierung gegen dieses dicke EU-Paket unternehmen will und was vom Niedersächsischen Weg übrigbleiben wird.“

Worum geht's?

Anlass der Proteste war der Entwurf einer Verordnung zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln – die „Sustainable Use Regulation“ (SUR), die die EU-Kommission im Juni veröffentlicht hatte. Mit die-

Jeder Einzelne zählt

Ein Kommentar von Hartmut Seetzen, Vorsitzender des Kreislandvolkverbands Friesland

„ Ein herzliches Dankeschön an alle, die Ende November in Goslar dabei waren und sich dafür mitten in der Nacht auf den Weg gemacht haben. Jeder Einzelne war wichtig und wertvoll, weil es dabei auch um ein Signal an die Öffentlichkeit geht: Wir Landwirte sind noch ganz schön viele. Hier protestiert nicht „die Agrarlobby“ – hier steht der einzelne Landwirt und kämpft für seinen Familienbetrieb.

Wenn wir etwas erreichen wollen, können wir die Arbeit nicht komplett an andere delegieren. Klar, wir haben unsere „Echt grün“-Kampagne, die für ein kontinuierliches positives Grundrauschen in der Öffentlichkeit sorgt. Aber trotzdem bleibt jeder Einzelne gefragt, sich auch persönlich zu engagieren. Ob Versammlung oder Demo – es ist wichtig, anwesend zu sein, denn nur das gibt uns die nötige Beachtung. Für den Einzelnen ist das nur ein kleiner Aufwand. Mehr geht natürlich immer, z.B. die eigene Seite bei Facebook oder Instagram, das Sommerfest mit den Nachbarn aus dem Dorf, der Beschwerdebrief ans Fernsehen, wenn in der Talkshow Fake News über die Landwirtschaft verbreitet werden ... jeder Beitrag ist wertvoll!

Ich wünsche allen
ein gutes Jahr 2023!



► Lesen Sie mehr auf Seite 2

INHALT:

- ▶ Kulisse für „Rote Gebiete“ schon wieder neu ausgewiesen
- ▶ PV-Anlagen: Steuer kann Rendite fressen
- ▶ Vier Abende geballte Information
- ▶ Landvolk Niedersachsen feiert Jubiläum
- ▶ Produktive Landwirtschaft legt die Basis für unseren Wohlstand
- ▶ Pauschalsteuersatz wird erneut abgesenkt
- ▶ So funktionieren die Energiepreis-Bremsen
- ▶ Das Versicherungsteam: Alles aus einer Hand
- ▶ Maschinenring setzt auf E-Mobilität
- ▶ Haus und Hof naturnah gestalten
- ▶ Neu im Landvolkhaus Ovelgönne
- ▶ Ehrung für 50 Jahre Engagement
- ▶ Infoabende in Friesland
- ▶ Echt Grün: Frische Motive in die Fläche bringen

▶ Fortsetzung von Seite 1

ser Verordnung werden die Ziele der Farm-to-Fork-Strategie und Maßnahmen zu deren Umsetzung verbindlich festgelegt. Demnach soll der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln bis 2030 halbiert werden. Die Verordnung ist unmittelbar rechtlich bindend und verpflichtet alle EU-Staaten gleichermaßen zur Mitwirkung.



Eine Plakatkampagne flankierte die Proteste in Goslar.

Während das Landvolk beim Ziel der Verordnung – die Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln – grundsätzlich mitgehen kann, gibt es über den Weg dorthin Streit: Knackpunkt ist, dass bestehende Schutzgebietskulissen herangezogen werden sollen, in denen ein Totalverbot für den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln gelten soll. Das betreffe Natura-2000-Gebiete wie die Vogelschutz- und FFH-Gebiete, aber je nach Definition des Begriffs „sensible Gebiete“ auch Wasserschutzgebiete oder die nitratsensiblen „roten

Gebiete“. Bei einer weiten Auslegung des Begriffs müssten die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe in Niedersachsen ihre Produktion drastisch umstellen oder sogar ganz aufgeben, schätzt Landvolk-Präsident Dr. Holger Hennies: „Diese extreme Zwangsex-tensivierung der Landwirtschaft durch die EU ist weder zeitgemäß noch begründet, noch nützt sie der globalen Umwelt.“

Ein weiterer Kritik-punkt: Die Vorschläge lassen das Ziel der Ernährungssicherung vollkommen außer Acht, das doch gerade in diesem Jahr durch den russischen Angriff

auf die Ukraine und die wirtschaftlichen Folgen eine erschreckende Aktualität bekommen hat. Auch ganz generell fehlt eine Folgenabschätzung der EU, welche Auswirkungen der Verordnungsentwurf in der jetzigen Fassung hätte.

Das Landvolk schließt sich daher der Forderung des Deutschen Bauernverbands an, dass die Vorschläge der EU-Kommission grundlegend überarbeitet werden müssen. Notwendig sind

- eine Abkehr von pauschalen Mengenreduktionszielen und Verboten

des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln und vom Prinzip der Regelung über Gebietskulissen,

- die verlässliche Einhaltung der Zusagen zum Bestandsschutz der landwirtschaftlichen Nutzung nach guter fachlicher Praxis in Schutzgebieten,
- eine Ausrichtung der Vorschläge auf Kooperation mit der Landwirtschaft und den übrigen Landnutzern statt auf Auflagen und Verbote,
- eine Fokussierung auf produktions-integrierten Naturschutz statt auf Verdrängung der Nutzung und
- eine bessere Abwägung von Zielkonflikten zwischen dem Schutz der Natur und Biodiversität einerseits und der Sicherung der Nahrungsmittelproduktion sowie der wirtschaftlichen Perspektive der Betriebe andererseits,
- Erstellung einer vollständigen Folgenabschätzung inkl. der Verlagerungseffekte und der Folgen für die Versorgungssicherheit.

Mit dem Niedersächsischen Weg gibt es eine Blaupause, wie Umwelt-, Natur- und Klimaschutz so umgesetzt werden können, dass der Weg von allen Beteiligten gemeinsam getragen werden kann. An diesem Weg sollte sich die EU-Kommission bei einem Neustart in Sachen Pflanzenschutzreduktion orientieren.

2022 – ein Jahr mit vielen Auf und Abs

Zeitenwende

Kein anderes Ereignis hat das Jahr 2022 so sehr geprägt wie der Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar. Die Wirtschaftssanktionen gegen Russland und die im Gegenzug ausbleibenden Gaslieferungen führten zu einer Explosion der Energiekosten und dem Anstieg der Inflation auf über zehn Prozent. Die landwirtschaftlichen Betriebe mussten mit rasant steigenden Düng- und Futtermitteln klarkommen, da beide Kriegsparteien als wichtige Exportländer für Mineraldünger bzw. Getreide ausgefallen sind.



Milchpreis

Für Milcherzeuger brachte das Jahr 2022 aber auch gute Nachrichten: Durch knappe Mengen am Weltmarkt stieg der Milchpreis erstmals auf über 60 Cent. Der Preis für Biomilch konnte bei dieser Entwicklung nicht mithalten, da die Verbraucherinnen und Verbraucher angesichts der Rekord-Inflation verstärkt zu günstigen Lebensmitteln griffen.

Neue Deutschland-Geschwindigkeit

Um möglichst schnell von russischem Gas unabhängig zu werden, setzt Deutschland jetzt auf Flüssiggas (LNG). Das erste Terminal zum Löschen der LNG-Tanker wurde in Rekordzeit in Wilhelmshaven gebaut. Auch die Landwirtschaft hatte einen Anteil am Projekt: Landeigentümer stellten ihre Flächen zur Verfügung, damit die Anschlussleitung von Wilhelmshaven bis zum bestehenden Gasnetz nach Etzel im Landkreis Wittmund gebaut werden konnte.



Schweinehaltung

Für die Schweinehalter in Deutschland endet ein katastrophales Jahr: Nachdem die Coronavirus-Pandemie und der Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bereits in den Vorjahren zu einem Verfall des Schweinefleisch-Preises geführt hatte, explodierten in diesem Jahr auch noch die Betriebskosten. Das Resultat: Innerhalb von nur zwei Jahren sank die Zahl der Schweine in Deutschland um fast 20 Prozent.

Kulisse für „Rote Gebiete“ schon wieder neu ausgewiesen

Zum dritten Mal in vier Jahren hat das Land Niedersachsen Ende Oktober sogenannte nitratsensible „rote Gebiete“ ausgewiesen. Dort ist nur noch eine reduzierte Düngung um 20 Prozent unter dem Bedarf der angebauten Pflanzen erlaubt, zudem müssen weitere Sonderregeln eingehalten werden. Die erneute Ausweisung war nötig, da die EU die beiden vorangegangenen Gebietsabgrenzungen jeweils bemängelt hatte.

Auch die Kreislandvolkverbände Wesermarsch und Friesland hatten die bisherige Methodik bei der Festlegung der Gebiete kritisiert und sehen in der jetzigen Methodik, die das Niedersächsische Landesamt für Wasser-, Küsten- und Naturschutz entwickelt hat, einen Fortschritt. „Dadurch sind eine ganze Reihe von Flächen, beispielsweise in Varel, Zetel oder Bockhorn, aus der Kulisse herausgefallen“, sagt Geschäftsführer Manfred Ostendorf.

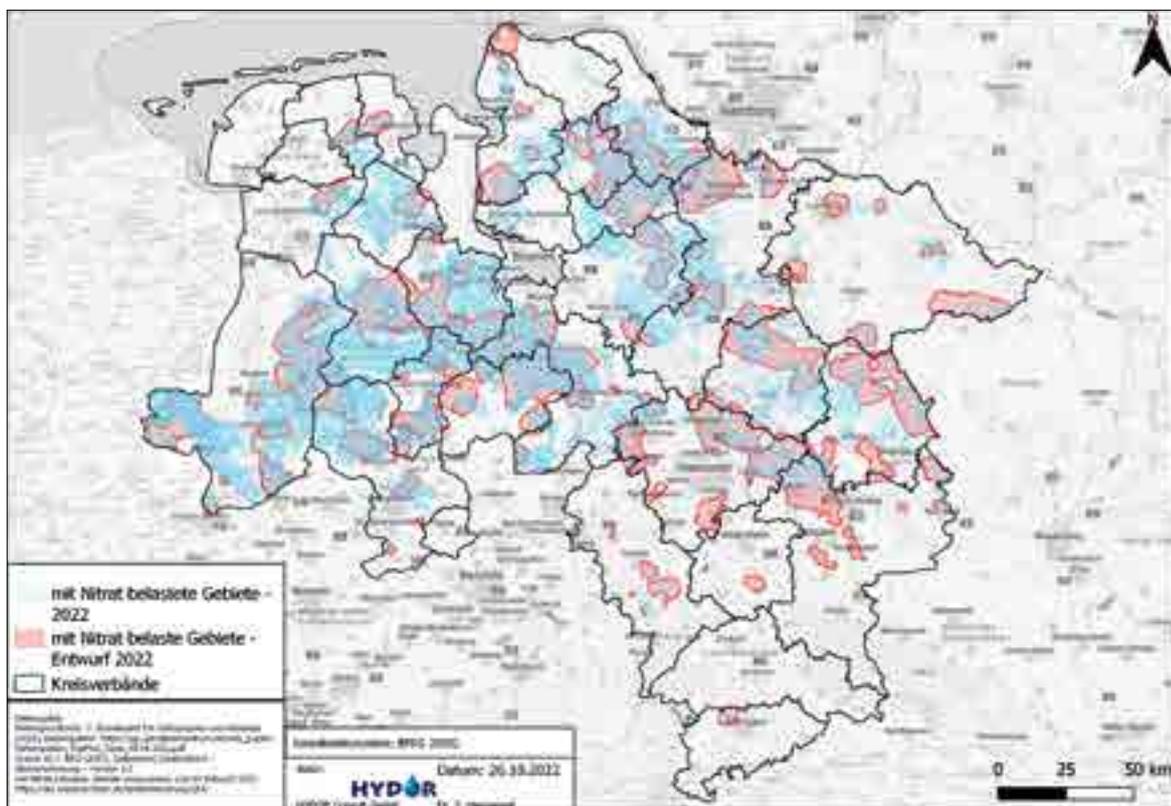
Auf der anderen Seite sind dadurch aber auch fast 1000 Hektar Moorflächen in der Wesermarsch nahe der „roten“ Messstelle Rastederberg neu hineingekommen. Dies kommt dadurch zustande, dass die Gebiete jetzt in einem Kreis rund um die roten Messstellen herumgezogen wurden. „Dadurch ha-

ben wir hier jetzt dasselbe Problem wie bei der ersten Gebietskulisse, bei der Flächen in Moorriem betroffen waren“, erläutert Manfred Ostendorf. „Die Flächen in Jaderkreuzmoor liegen tiefer als die Messstelle in Rastederberg, und sie liegen im Abfluss, nicht im Zufluss auf die Messstelle hin.“

Daher prüft das Landvolk in Absprache mit den betroffenen Flächeneigentümern, wie jetzt rechtlich vorgegangen werden kann, um auch diese Ausweisung wieder zu beklagen. Eine Option dabei ist, sich der laufenden Gemeinschaftsklage des Landvolks Niedersachsen gegen die Düngeverordnung anzuschließen.

Unabhängig von den Ungereimtheiten innerhalb der einzelnen Gebiets-

kulissen übt das Landvolk Niedersachsen grundsätzliche Kritik am Umgang mit der Thematik: „Politische Zusagen, Landwirte mit nachweislich gewässerschonender Bewirtschaftung und Düngung von Auflagen zu entlasten, sind bis heute nicht eingehalten“, sagt Landvolkpräsident Dr. Holger Hennies. „Der Frust wird dadurch verstärkt, dass die Anstrengungen der Landwirte beim Rückgang des Verbrauchs an Mineraldünger nicht honoriert werden. Zudem wird auf ungeeignete Messwerte aus Wasser zurückgegriffen, dass vor vielen Jahren oder gar Jahrzehnten im Boden versickert ist.“



Diese Karte zeigt die bisherige Gebietskulisse (blau eingefärbt) und die ab Januar neu geltenden nitratsensiblen Gebiete (rot eingefärbt).

PV-Anlagen: Steuer kann Rendite fressen



Das Interesse an Photovoltaik-Freiflächenanlagen ist groß. Bevor Verträge unterschrieben werden, sollten aber auf jeden Fall die steuerlichen Auswirkungen bedacht werden.

Die politischen Ausbauziele und die Änderungen des Landesraumordnungsprogramms in Niedersachsen befeuern das Interesse an Photovoltaik (PV)-Freiflächenanlagen: Das niedersächsische Klimaschutzgesetz sieht vor, dass bis 2033 auf mindestens 0,47 Prozent der Landesfläche PV-Freiflächenanlagen zu errichten sind. Das würde für den Landkreis Wesermarsch ca. 320 Hektar und den Landkreis Friesland einschließlich Wilhelmshaven ca. 250 Hektar bedeuten. Um sicherzustellen, dass PV-Freiflächenanlagen mit der Agrarstruktur vor Ort und den Interessen wirtschaftender Betriebe verträglich sind, hat das niedersächsische Landvolk jetzt gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer Niedersachsen ein Konzept guter Planung entwickelt, das bei den Kommunen viel Beachtung gefunden hat und auch vom früheren Umwelt- und jetzigen Wirtschaftsminister Olaf Lies unterstützt wird.

Das Konzept sieht vor, dass vor einer Solarparkausweisung die landwirtschaftliche Fachbehörde den beabsichtigten Standort auf seine Verträglichkeit mit vor Ort wirtschaftenden Betrieben und mit der örtlichen Agrarstruktur untersucht. Der Landkreis Wesermarsch hat im Rahmen eines regionalen Energiekonzeptes bereits im ersten Schritt Gunstflächen erster und zweiter Ordnung ermittelt

und den Kommunen in einer Veranstaltung im Sommer dieses Jahres vorgestellt. Im Landkreis Friesland liegt ein derartiges regionales Energiekonzept derzeit noch nicht vor. Gleichwohl beobachten wir, dass fast allen Gemeinden Anfragen vorliegen, Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen auf landwirtschaftlichen Flächen zu errichten.

Anders als bei der Windkraft haben Verpachtungen von Grundstücken mit der anschließenden Nutzung als PV-Freifläche je nach Art der errichteten PV-Anlage unter Umständen erhebliche steuerliche Auswirkungen; zum einen auf die Grundsteuer, aber zum anderen auf die Erbschaftsteuer. So kann die Verpachtung von Grundstücken zur Stromerzeugung dazu führen, dass diese Flächen erbschaftsteuerlich als sogenanntes „Grundvermögen“ behandelt werden. Die Bewertung erfolgt dann in Anlehnung an die Preise für Gewerbeflächen. Hier kann es je nach Region zu Bewertungen von 150.000 Euro oder mehr pro Hektar kommen.

Bei der Verpachtung von 10 ha Fläche wäre der erbschaftsteuerliche Freibetrag bei einem Erbvorgang von Eltern auf ihre Kinder in Höhe von 400.000 Euro innerhalb von 10 Jahren allein durch diese Flächen somit bereits um 1,1 Mio. Euro überschritten, was bei einem angenommenen Steuersatz

von 15 Prozent zu einer Belastung von 225.000 Euro führen würde. Dabei kann der Steuersatz höher ausfallen und der Freibetrag je nach übrigem übertragenen Vermögen bereits ausgeschöpft sein, weshalb es sich dabei nur um eine beispielhafte Berechnung handelt.

Daher raten wir dringend zur Vorsicht, voreilig bei unbekanntem Projektieren Verträge zu unterschreiben, da mit der Unterschrift jegliche Planungshoheit und somit jegliche Gestaltungsmöglichkeiten über die Fläche verlorengehen. Grundsätzlich sollte vor jeder Planung von Verpachtungen eine steuerliche Beratung erfolgen. Bei Interesse können unsere Mitglieder sich an unsere Steuerberater der LHV Steuerberatungsgesellschaft mbH als auch an unsere Landvolk Nord West Unternehmensberatungsgesellschaft mbH wenden.

Ansprechpartner der LHV
Steuerberatungsgesellschaft mbH:
Herr Menno Burmann,
Tel.: 04401 980 528,
E-Mail: menno.burmann@lhv.de

Ansprechpartner Landvolk Nord West
Unternehmensberatungsgesellschaft
mbH:
Herr Manfred Ostendorf,
Tel: 04401 980 512,
E-Mail: ostendorf@klv-wesermarsch.de

Vier Abende geballte Information

Die neuen Regeln bei der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU und der aktuelle Stand beim Moorschutz – diese beiden Themen standen im Mittelpunkt der Landvolk-Infoabende des Kreislandvolkverbands Wesermarsch, die im November in Abbehausen, Diekmannshausen, Berne-Ganspe sowie Moorriem stattfanden. Bei allen vier Veranstaltungen gab es lebhafte Diskussionen auch zu anderen Themen, die den Mitgliedern vor Ort auf den Nägeln brennen.

Im Februar haben auch die Mitglieder im Kreisverband Friesland die Möglichkeit, bei zwei Infoabenden mit dem Vorstand und den Berufskolleginnen und -kollegen zu diskutieren.

- Dienstag, 21. Februar 2023, 20 Uhr im Schützenhof Jever
- Donnerstag, 23. Februar 2023, 20 Uhr in der „Altdeutschen Diele“ in Bockhorn-Steinhausen.



Das Interesse an den Landvolk-Infoabenden in der Wesermarsch – wie hier in Moorriem – war groß.

Landvolk Niedersachsen feiert Jubiläum

Das Landvolk Niedersachsen feiert dieses Jahr einen runden Geburtstag: Vor 75 Jahren ist der Verband gegründet worden, am 18. Februar 1947. Aufgrund der Coronapandemie musste der Festakt zum Jubiläum verschoben werden und wurde jetzt in Hannover nachgeholt.

Landvolk-Präsident Dr. Holger Hennies nutzte die Gelegenheit und erinnerte die Politik an die Notwendigkeit der Verlässlichkeit von Vorgaben. Das gelte für den Umbau in der Tierhaltung, die Reduktion des Pflanzenschutzes oder für den Moorschutz: „Wir müssen die Veränderungen gemeinsam und mit den Menschen vor Ort angehen. Wir bieten Lösungen an,



Zum Festakt waren viele Ehrengäste aus der Politik gekommen.

wollen aber auch gehört werden“, sagte der Landwirt vor rund 200 Delegierten des Landesbauernverbandes und fast 100 Ehrengästen.

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil unterstrich in seiner Festrede die Bedeutung der Landwirtschaft für Niedersachsen. Der Regierungschef hat anklingen lassen, dass zusätzliche Leistungen der Landwirte mit dem entsprechenden finanziellen

Rahmen auszustatten seien. „Die Transformation der Landwirtschaft ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, sagte Weil. Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte betonte, dass eine Transformation der Landwirtschaft hin zu mehr Klimaschutz, mehr Tierschutz und einer nachhaltigeren Bewirtschaftung nur gelingen könne, wenn das Landvolk eingebunden sei.

Produktive Landwirtschaft legt die Basis für unseren Wohlstand

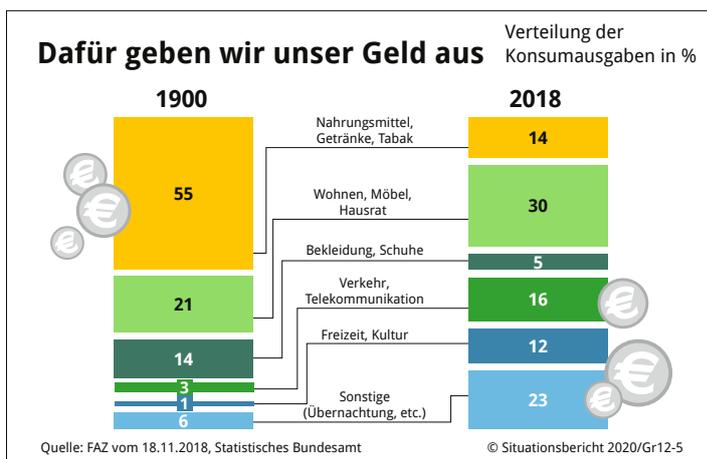
In unserer Gesellschaft wünschen sich viele Menschen die Landwirtschaft „von früher“ zurück – als alles noch kleinteiliger, weniger automatisiert und mechanisiert und somit vermeintlich besser war. Oft wird

dabei übersehen, dass die Landwirtschaft sich nicht nur im selben Maß wie die restliche Wirtschaft verändert hat, sondern dass diese Entwicklung ein maßgeblicher Faktor für den immensen Wohlstandszuwachs war,

von dem unsere Gesellschaft in den vergangenen 100 Jahren profitiert hat. Der Deutsche Bauernverband hat dazu einige Daten zusammengestellt, die dies eindrucksvoll belegen.

Verteilung der Ausgaben für Konsum und Nahrungsmittel

Musste ein Haushalt um 1900 noch mehr als die Hälfte seines Einkommens für Nahrungsmittel aufwenden, waren es 2017 nur noch 14 Prozent. Weitere 35 Prozent waren vor 120 Jahren noch für Wohnen und Bekleidung nötig, sodass nur zehn Prozent des Einkommens zur Verfügung standen, um den Familien Mobilität, Freizeit oder Kultur zu ermöglichen. Heute kann ein Haushalt in Deutschland schon mit der Hälfte des verfügbaren Einkommens seine Grundbedürfnisse decken und hat fast ein Drittel des Geldes als „freie Spitze“ zur Verfügung.



Produktivität der Landwirtschaft

Diese Entwicklung war nur möglich, weil die Landwirtschaft in den vergangenen 120 Jahren enorme Produktivitätsfortschritte gemacht hat. Die Hektarerträge bei Weizen, Roggen oder Kartoffeln haben sich mehr als verdreifacht, genauso wie die Milchleistung der Kühe. Und diese Erträge können mit einem Bruchteil der früheren Arbeitskraft erreicht werden: Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wa-

Landwirtschaft im Jahrhundertvergleich – Hektarerträge

Erzeugnis	Einheit	1898-1902	1950-1955	2010-2015	2017	2018
Weizen	dt	18,5	27,4	77,1	76,4	61,5
Roggen	dt	14,9	23,8	53,6	50,9	42,2
Kartoffeln	dt	129,8	217,3	435,7	467,9	349,6
Zuckerrüben	dt	276,8	344,9	706,1	837,5	681,2

Angaben für 1950 bis 1955 beziehen sich auf das frühere Bundesgebiet
 Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Schätzung

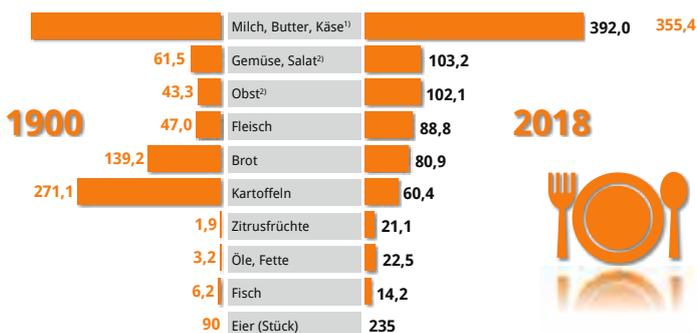
SB19-T12-3

ren noch 38 Prozent der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft

tätig, heute sind es nur noch etwas mehr als ein Prozent.

Essen in Deutschland 1900-2018

Pro-Kopf-Verbrauch in Deutschland, in kg



1) in Vollmilchwert umgerechnet. 2) inkl. Verarbeitungserzeugnisse in Rohwareäquivalenten.

Essen in Deutschland

Interessant ist schließlich noch ein Blick darauf, wie sich das Essen in den vergangenen 120 Jahren verändert hat. Wird heute fast doppelt so viel Fleisch, Gemüse und Obst verzehrt wie um 1900, so verhält es sich bei Brot und vor allem Kartoffeln genau umgekehrt. Nur leicht (um 10 Prozent) gestiegen ist übrigens der Verzehr von Milch, Butter und Käse. Entsprechend ist der Bestand an Rindern auch von 18,9 Millionen auf 12,3 Millionen Tiere gesunken, da die Milchleistung ja gestiegen ist und gleichzeitig keine Ochsen mehr als Arbeitstiere gehalten werden.

Pauschalsteuersatz wird erneut abgesenkt

Nach der Absenkung des Pauschalsteuersatzes von ursprünglich 10,7 auf die derzeit gültigen 9,5 Prozent zum 1. Januar 2022 wird es zum 1. Januar 2023 eine erneute Absenkung auf dann nur noch 9 Prozent geben. Dies erfolgt aufgrund der im Gesetz geregelten jährlichen Überprüfung, ob der aktuelle Pauschalsteuersatz zu einer Überkompensation für die pauschalierenden Landwirte führt.

Hintergrund des Ganzen ist das nach wie vor laufende Beihilfeverfahren der EU-Kommission gegen Deutschland und die damit in Zusammenhang stehende Gesetzesänderung des § 24 Umsatzsteuergesetzes, wonach die Pauschalierung nur noch bis zu einem Gesamtumsatz in Höhe von 600.000 Euro pro Kalenderjahr angewendet werden darf. Im Zuge dieser Gesetzesänderung wurde auch die jährliche Überprüfung des Steuersatzes beschlossen.

Für die pauschalierenden Landwirte bedeutet das nun ganz konkret, dass Produkte des Betriebes und in den meisten Fällen auch Maschinen bis zum 31.12.2022 noch mit einem Steuersatz von 9,5 Prozent verkauft werden können. Ab dem 1. Januar 2023

dürfen nur noch 9 Prozent in Rechnung gestellt werden.

Es empfiehlt sich daher, die in nächster Zeit geplanten Verkäufe noch vor dem 31.12. zu tätigen, um sich den Vorteil des höheren Steuersatzes zu sichern. Entscheidend ist dabei immer das Liefer- und nicht das Zahlungs- oder Rechnungsdatum.

Es ist zu befürchten, dass der Pauschalsteuersatz in den Folgejahren noch weiter abgesenkt wird. Die Pauschalierung wird daher für die Landwirte immer weniger attraktiv. Gleichzeitig wird jedoch auch der entsprechende Nachteil durch den Wegfall bei Überschreiten der 600.000-Euro-Umsatzgrenze immer kleiner.

Aufgrund des im Jahr 2022 hohen Milchpreises werden voraussichtlich viele landwirtschaftliche Betriebe diese Grenze überschreiten und die Pauschalierung ab dem 1. Januar 2023 gar nicht mehr anwenden dürfen.

Auch in diesem Fall lohnt es sich, Verkäufe noch bis



► **Autor:**
Menno Burmann
Leiter der
Buchstelle



sich die 9,5 Prozent Umsatzsteuer zu sichern.

So funktionieren die Energiepreis-Bremsen

Ende November hat der Bundestag die Strom- und Gaspreisbremsen beschlossen. Das gilt für die Preisdeckel:

Gaspreisbremse: Für private Haushalte und Unternehmen mit einem Gasverbrauch unter 1,5 Mio. kWh im Jahr soll der Gaspreis von März 2023 bis April 2024 auf 12 Cent brutto pro Kilowattstunde begrenzt werden, für 80 Prozent des Jahresverbrauchs vom Vorjahr. Für das darüber hinaus verbrauchte Gas muss der Marktpreis gezahlt werden.

Strompreisbremse: Der Strompreis für private Verbraucher sowie Unternehmen mit einem Stromverbrauch von bis zu 30.000 kWh pro Jahr wird bei 40 ct/kWh brutto, also inklusive aller Steuern, Abgaben, Umlagen und Netzentgelte, begrenzt. Dies gilt für den Basisbedarf von 80 Prozent des prognostizierten Verbrauchs. Für Unternehmen mit einem Verbrauch von mehr als 30.000 kWh pro Jahr liegt die Grenze bei 13 Cent zuzüglich Steuern, Abgaben und Umlagen (brutto ca. 25-

27 ct/kWh) für 70 Prozent des bisherigen Verbrauchs.

Die Gas- sowie die Strompreisbremse sollen jeweils vom 1. März 2023 bis 30. April 2024 gelten. Im März werden auch rückwirkend die Entlastungsbeträge für Januar und Februar 2023 angerechnet. Es müssen keine zusätzlichen Anträge o.ä. gestellt werden, die Abwicklung erfolgt über das Gasversorgungsunternehmen.

Das Versicherungsteam: Alles aus einer Hand

Generationswechsel im Versicherungsteam der Landvolk-Dienstleistungsgesellschaft: Nachdem der langjährige Leiter Erwin Böning im August in Rente gegangen ist, hat Wiebke Wulff-Brandt zum 1. September seine Position übernommen. Und mit der neuen Kollegin Sandra Dellmann-Breil ist das Team seit dem 1. Oktober wieder komplett.

Geblichen ist das Ziel, die Landvolk-Mitglieder und Kunden ganzheitlich zu beraten, den bestehenden Schutz zu optimieren und bei Bedarf zu ergänzen. Die landwirtschaftlichen Betriebe sind heute oft vielseitig aufgestellt, wodurch stetig neue Risiken entstehen. Daher sollte der aktuelle Versicherungsschutz regelmäßig überprüft werden, damit keine Deckungslücken entstehen. Diese können im Schadenfall hohe finanzielle Folgen nach sich ziehen.

Als unabhängiger Versicherungsvermittler arbeitet das Landvolk-Versicherungsteam nicht als Verkäufer für einen bestimmten Anbieter. Ähnlich wie bei einem Versicherungsmakler wird aus starken Preis-Leistungsorientierten Produkten verschiedener Versicherungsgesellschaften ausgewählt. Es gibt jedoch einen wichtigen Unterschied: Während ein Makler auf Grundlage des Makler-Vertrags weitreichende Entscheidungen **in Ihrem Namen** trifft, gilt bei uns: **Sie als Kundin oder Kunde entscheiden**, was ausgewählt wird!

Das Landvolk-Versicherungsteam bietet Ihnen einen Rundum-Sorglos-Service:

- Durchsicht der bestehenden Versicherungsverträge
- Vergleichsangebote
- Absicherung eines Risikos
- Unterstützung bei der Abwicklung eines Schadenfalls



Das Versicherungs-Team der Landvolk Dienstleistungsgesellschaft: (v.l.) Leiterin Wiebke Wulff-Brandt, Sandra Dellmann, Nina Graz und Carmen Maas.

• Vorsorge
 • Hofübergabe
 • GbR-Gründung
 ... oder Sie blicken einfach nicht mehr durch den bestehenden „Versicherungs-Dschungel“ durch? Kein Problem, das Team hilft gerne weiter!

Ob im persönlichen Gespräch bei einem Besuch zu Hause oder im Landvolk-Haus in Ovelgönne, ob am Telefon, per E-Mail oder über WhatsApp – Sie erreichen uns stets schnell und ohne zeitraubende Warteschleifen.

Landvolk Versicherungen

Telefon: 04401 9805-23

Telefax: 04401 9805-71

E-Mail:

info@landvolk-dienstleistung.de

WhatsApp: 0178 3196782



Wiebke Wulff-Brandt –
Durchwahl 16



Sandra Dellmann-Breil –
Durchwahl 23



Nina Graz –
Durchwahl 24



Carmen Maas –
Durchwahl 25

Maschinenring setzt auf E-Mobilität

Der Maschinenring Wesermarsch engagiert sich für den Klimaschutz: Seit dem Frühjahr betreibt er eine öffentliche Stromtankstelle auf dem Parkplatz beim „Grünen Zentrum“ Ovelgönne in der Albrecht-Thaer-Straße. Die Gemeinde Ovelgönne hat dort zwei Parkplätze zur Verfügung gestellt, die Strom tankenden E-Autos vorbehalten sind.

Die Ladesäule liefert zu 100 Prozent Ökostrom und ist rund um die Uhr zugänglich – vorausgesetzt, der Kunde hat sich zuvor einen persönlichen Tankchip einrichten lassen. Zur Verfügung steht eine AC-Ladesäule mit zwei Ladepunkten, die jeweils ein Ladevermögen von 11kW/Stunde haben (22 kW/Stunde, wenn nur ein Auto lädt).

Außerdem bietet der Maschinenring Wesermarsch einen Renault Twingo Electric ZEN als Mietwagen an, den alle Interessierten gegen eine geringe Gebühr für eine maximale Laufleis-



Beim „Grünen Zentrum“ in Ovelgönne gibt es jetzt eine Stromtankstelle und ein Elektroauto als Mietwagen.

tung von 190 Kilometern mieten können. Dieses Projekt ist dank der Unterstützung von 14 Unternehmen aus der Region möglich, die im Gegenzug auf dem Fahrzeug Werbung platzieren durften.

„Dieses Angebot ist ideal, um unseren Mitgliedern sowie anderen Menschen aus der Region die Möglichkeit zu geben, E-Mobilität einmal selbst auszu-

probieren und ihre Alltagstauglichkeit zu testen“, sagt Maschinenring-Geschäftsführerin Anne Vagt-Poelman. „Gleichzeitig testen wir, ob es in unserer Region für Carsharing bzw. E-Auto-Vermietung eine ausreichende Nachfrage gibt.“ Weitere Infos gibt es beim Maschinenring unter Telefon 04401 704066 oder unter www.maschinenring-wesermarsch.de

Haus und Hof naturnah gestalten

Über Blühwiesen, heimische Sträucher und Bäume oder begrünte Dächer und Fassaden als Lebens- und Rückzugsorte freuen sich nicht nur Hummel, Igel & Co., sondern sie signalisieren Besuchern der Hofstelle auch, dass hier Landwirtschaft in und mit der Natur betrieben wird.

Wie man die Flächen rund ums Haus und den Hof naturnah und artenreich

gestalten kann – darum geht es bei einem dreitägigen Seminar der Landwirtschaftskammer Niedersachsen. Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten leicht umsetzbare Gestaltungs- und Pflanzvorschläge sowie praktische gärtnerische Hinweise zur Umsetzung. Auch eine Exkursion sowie die konkrete Planung der Grüngestaltung auf dem eigenen Hof sind

vorgesehen. Das Seminar findet in den Räumen der Bezirksstelle Nord in Wehnen an den Donnerstagen 2., 16. und 23. März jeweils von 9.30 bis 16.30 Uhr statt.

Infos und Anmeldung bei Christine Strodthoff-Schneider, Telefon 0441 34010-162 oder per E-Mail an christine.strodthoff-schneider@lwk-niedersachsen.de.

► Herausgeber:

Kreislandvolkverband
Friesland e.V.

Kreislandvolkverband
Wesermarsch e.V.

Geschäftsstelle:

Albrecht-Thaer-Straße 2
26939 Ovelgönne

Telefon 04401/9805-0

► Redaktion und Fotos:

Menno Burmann
Manfred Ostendorf
Andrea Vogt
Wiebke Wulff-Brandt
pixabay.com

► Layout und Druck:

Heiber GmbH Druck & Verlag

Feldhauser Straße 61
26419 Schortens
Telefon 04461/9290-0
www.heiber.de

Neu im Landvolkhaus Ovelgönne



Sandra Dellmann-Breil

Zuhause in:

Süder-Frieschenmoor
(Gemeinde Ovelgönne, Wesermarsch)

Berufliche Stationen:

- Glückauf Apotheke in Essen
(Pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte)
- Büroleitung der Allianz Generalvertretung meines Mannes Sascha Dellmann in Velbert als ausgebildete Fachfrau für Versicherungen sowie Finanzanlagen

Bezug zur Landwirtschaft:

- Durch den Beruf meines Vaters (Metzgermeister) habe ich die Landwirtschaft kennenlernen dürfen

Meine Aufgaben:

- Vertragsbearbeitung

Ehrung für 50 Jahre Engagement

Bei seiner jüngsten Versammlung hat der Ortslandvolkverein Neuenbrok jetzt ein ganz besonderes Jubiläum gefeiert: Jürgen Töllner ist seit 50 Jahren als Kassenswart für den Verein tätig. Der Vorsitzende Dirk Hanken dankte dem Jubilar für dieses herausragende Engagement und überreichte ihm eine Ehrenurkunde sowie einen Präsentkorb mit Leckereien.



Infoabende in Friesland

Der Kreislandvolkverband Friesland lädt alle Mitglieder herzlich zu zwei Landvolk-Infoabenden ein: am Dienstag, 21. Februar 2023, um 20 Uhr in den Schützenhof Jever, und am Donnerstag, 23. Februar 2023, ebenfalls um 20 Uhr in die „Altdeutsche Diele“ nach Bockhorn-Steinhausen. Neben aktuellen agrarpolitischen Themen wird es vor allem um die Änderungen in der neuen GAP gehen. Die Infoabende bieten den Mitgliedern zudem Gelegenheit, eigene Themen anzusprechen, die sie vor Ort beschäftigen oder über die sie gerne einmal in größerer Runde diskutieren möchten.



Echt Grün: Frische Motive in die Fläche bringen

Seit dem Start der Kampagne „Eure Landwirte – Echt grün“ im Jahr 2015 hat sich viel getan: Immer wieder wurden Botschaften und Kanäle an die aktuelle Entwicklung angepasst. Um auch in der Fläche mit frischen Motiven und Botschaften präsent zu sein, hat die Kampagne den Kreisverbänden kostenlose Plakate in Bauzaun-Größe zur Verfügung gestellt. Pro Ortsverein haben wir ein

Plakat, es kann aus drei Motiven ausgewählt werden (siehe Bilder). In der Wesermarsch haben sich viele Ortsvereine bereits auf den Infoabenden im November mit den aktuellen Motiven versorgt. In Friesland wird die Verteilung bei der Beiratssitzung im Januar weitergehen. Im Januar wird „Eure Landwirte – Echt grün“ wieder bei der „Grünen Woche“ in Berlin mit einem Stand

präsent sein, in diesem Jahr zum ersten Mal in der Niedersachsenhalle. Auf 30 Quadratmetern wird ein LAND-Wirtschafts-Stammtisch entstehen, der Besucherinnen und Besucher zum gemütlichen Gespräch einlädt. Über die zehn Messetage hinweg wird der Stand mit jeweils fünf Personen besetzt sein, die zu einem großen Teil aus dem Ehrenamt kommen.

